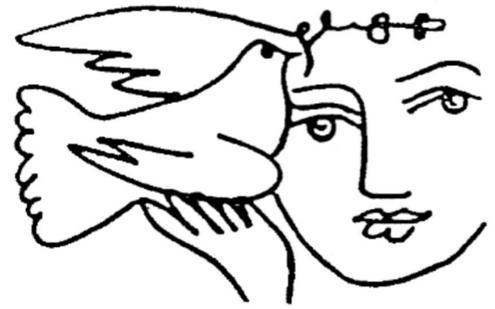


Reden statt Rüsten - Abrüstung schafft Sicherheit

Atomare Bedrohungen stoppen



Im Dezember 1987 unterzeichneten US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow den INF-Vertrag und besiegelten damit in Europa die Vernichtung der landgestützten, nuklearen Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km. Das war der Wendepunkt für die Rüstungskontrolle im Kalten Krieg. Die Gefahr eines Atomkrieges wurde damit erheblich verringert.

Gegenwärtig sind die Spannungen zwischen der Nato und Russland auf einem neuen Tiefpunkt angekommen. Ursächlich sind u.a. die Nato-Osterweiterung, der Bau von Raketenabwehranlagen in Polen und Rumänien sowie die Kriege in der Ukraine und Syrien. Die USA und Russland werfen sich gegenseitig vor, den INF-Vertrag nicht einzuhalten.

Am 2. Februar 2019 kündigte US-Präsident Donald Trump den INF-Vertrag. Der russische Präsident Wladimir Putin setzte ihn daraufhin ebenfalls aus. Nach einer Kündigungsfrist von sechs Monaten endet der Vertrag im August endgültig. Es ist zu befürchten, dass es danach zu einem erneuten nuklearen Wettrüsten kommt und wieder nukleare Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden.

Der INF-Vertrag muss erhalten bleiben!

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- darauf hinzuwirken, dass die Regierungen Trump und Putin die weitreichenden Inspektions- und Kontrollmechanismen des INF-Abkommens wieder in Kraft setzen und anwenden
- umgehend zu erklären, dass sie eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland nicht zulässt
- unverzüglich ihr Veto innerhalb der NATO gegen eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in NATO-Mitgliedsländern einzulegen
- Initiativen für umfassende Abrüstungsverhandlungen zwischen Russland und der NATO zu ergreifen, die unter anderem die konventionelle Überlegenheit der NATO, die taktischen und strategischen Atomwaffen, die Raketenabwehrsysteme und Weltraumwaffen insgesamt einbeziehen. Das schließt den Verzicht auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, die Bereitschaft zur einseitigen Abrüstung der Bundeswehr ebenso ein wie den Abzug von US-Atomwaffen von deutschem Boden.